

14/88 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Frühjahrgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute:

Weiterhin Wachstum, stabile Preise und steigende Einkommen

„Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hat sich im Winterhalbjahr 1987/88 fortgesetzt. Der Börsenkrach vom vergangenen Herbst und der weitere Rückgang des Dollarkurses gegen Ende des vergangenen Jahres haben sich auf die wirtschaftliche Entwicklung nur wenig ausgewirkt. Die konjunkturellen Rahmenbedingungen rechtfertigen im großen und ganzen positive Erwartungen für den weiteren Verlauf dieses Jahres.“

Dies ist die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage durch die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute im Frühjahr 1988.

Das Wirtschaftswachstum wird 1988 im Jahresdurchschnitt um 2 Prozent ansteigen — so die Prognose der Experten.

„Wie schon in den zurückliegenden beiden Jahren, gehen vom privaten Verbrauch auch 1988 kräftige konjunkturelle Impulse aus. Ausschlaggebend hierfür sind in diesem Jahr das Inkrafttreten des zweiten Teils der Steuersenkung 1986/88 und das Vorziehen eines Teils der Steuerreform 1990. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften insgesamt um 4,5 Prozent zunehmen, nach 3,8 Prozent im Vorjahr.“

Der private Verbrauch stellt also auch weiterhin die treibende Kraft der Konjunktur dar.

HEUTE AKTUELL

● Gesundheit

Bundeskabinett billigt die Reform unseres Gesundheitswesens. Dazu Beiträge von Norbert Blüm und Heiner Geißler.

Seite 5

● Technik

Erneuerbare Energien sind wichtige Bausteine.

Seite 12

● Privatisierung

Gerhard Stoltenberg: Die Vermögenspolitik kommt voran.

Seite 19

● Dokumentation

Außenpolitischer Kongreß im Adenauer-Haus. Beiträge von Heiner Geißler, Lothar Späth, Bernhard Vogel und Heinz Riesenhuber.

Grüner Teil

Die Ausrüstungsinvestitionen werden nach der Prognose in diesem Jahr um 2 Prozent, die Bauinvestitionen um 1,5 Prozent steigen. Denn: „Die binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sprechen für einen weiteren Anstieg der Investitionen: Die inländische Nachfrage, insbesondere der private Konsum, ist deutlich aufwärtsgerichtet. Mit Blick auf die Steuerreform 1990 können die Investoren eine Fortsetzung dieser Entwicklung annehmen.“

Das deutsche Exportgeschäft hat den Börsenkrach vom letzten Herbst recht gut überstanden. „Die reale Warenausfuhr hat auch nach den Börsenturbulenzen im Oktober 1987 der gesamtwirtschaftlichen Produktion Impulse gegeben. Sie nahm bis zum Jahresende 1987 kräftig zu. Ausschlaggebend für die Exportbelebung im Herbst war, daß die Nachfrage in den Industrieländern, vor allem in Westeuropa, im zweiten Halbjahr 1987 deutlich anzog.“

Die Verbraucherpreise sind nach wie vor weitgehend stabil, im Jahresdurchschnitt wird das Preisniveau um etwa 1 Prozent über dem Vorjahresniveau liegen.

„Die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im weiteren Verlauf des

Jahres wird nur einen relativ bescheidenen zusätzlichen Bedarf an Arbeitskräften auslösen. Am Jahresende wird die Zahl der Erwerbstätigen den Stand von Ende 1987 um rund 100.000 Personen überschreiten.“ Insbesondere im Dienstleistungssektor werden neue Arbeitsplätze geschaffen.

Ausblick auf 1989

„Auch nach sechs Jahren wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung wird es aller Voraussicht nach keine Wende nach unten geben.“ Für 1989 rechnen die Wirtschaftsforscher mit einer Wachstumsrate von 1 bis 1,5 Prozent.

Folgen für die Wirtschaftspolitik

Für die wirtschaftswissenschaftlichen Institute liegt das Kernproblem der deutschen Wirtschaft in dem Mangel an Wachstumsdynamik, auf den letztlich sowohl die anhaltend hohen außenwirtschaftlichen Überschüsse als auch die hohe Arbeitslosigkeit zurückzuführen sind. Die Ursache für die damit einhergehende Investitionsschwäche sehen die Konjunkturexperten u.a. in den „großen Widerständen, den Einsatz von Arbeitskräften flexibler zu gestalten, um die Kapazitäten intensiver zu nutzen.“ Aus diesem Grund ist auch die Zahl der Beschäftigten nicht in dem Maße gestiegen, wie es für eine durchgreifende Verringerung der Arbeitslosigkeit notwendig wäre.

Auch die Investitionsrisiken, die vor allem durch von außen auf die deutsche Wirtschaft einwirkende Faktoren bedingt sind (starke Wechselkursschwankungen, zunehmender Protektionismus, die Verschuldungskrise von Entwicklungsländern sowie Sprünge in der technologischen Entwicklung), sind höher als früher.

Zitat

„Trotz großer Sorgen zum Beispiel bei der Arbeitslosigkeit geht es uns Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland so gut wie noch nie. Allein in diesem Sommer werden wieder 26 Millionen Bürger den Urlaub im Ausland verbringen. Ich habe nichts für Zeitgenossen übrig, die dann — wenn sie wieder zu Hause sind — von morgens bis abends jammern, wie schlecht es ihnen doch geht.“

(Helmut Kohl in der „Abendpost-Nachtausgabe“ vom 3. Mai 1988)

Die letztgenannten Faktoren kann die nationale Wirtschaftspolitik nur begrenzt nicht beeinflussen, da sie exogen bestimmt sind.

Zur Verbesserung der Flexibilität der deutschen Wirtschaft ist jedoch — nach Auffassung der Institute — die Ordnungspolitik gefordert.

„Der Wettbewerb um neue Ideen, Produkte oder Produktionsverfahren ist auf vielen Märkten in der Bundesrepublik durch staatliche Eingriffe stark eingeschränkt, beispielsweise bei den Versicherungen, dem Transportwesen, der Energiewirtschaft oder der Telekommunikation. **Mit den notwendigen Deregulierungen muß rasch begonnen werden, auch im Hinblick auf die angestrebte Vollendung des europäischen Binnenmarktes im Jahr 1992.**“

Auch auf dem Arbeitsmarkt halten die Wirtschaftsforscher mehr Flexibilität für notwendig: „Soweit mit der Verkürzung der Arbeitszeit eine Verringerung der Maschinenlaufzeit einhergeht, steigen neben den Arbeits- auch die Kapitalkosten. **Deshalb scheint es dringend geboten, daß sich die Tarifparteien untereinander oder die Unternehmensleitungen mit den Belegschaftsvertretern auf ein höheres Maß an Flexibilität verständigen.**“

Zur Vorlage des Frühjahrsgutachtens der fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute erklärt die Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Wirtschaftspolitik“ der CDU, Christa Thoben, MdL:

Das neueste Gutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Institute stützt die Wachstumsannahmen der CDU-geführten Bundesregierung. Für 1988 wird ein Anstieg des Wirtschaftswachstums von 2 Prozent erwartet, die Verbraucherpreise bleiben stabil, und der private Verbrauch stellt nach wie vor die Triebfeder der Konjunktur dar. Auch die deutschen

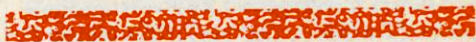
Ausfuhren haben trotz Börsenkrach im Oktober 1987 kräftig zugenommen.

Für 1989 sehen die Konjunkturforscher ein Anhalten der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung voraus.

Notwendig ist jedoch zur weiteren Stützung der wirtschaftlichen Entwicklung eine Wachstumsoffensive, um über verstärkte Investitionen die Arbeitslosigkeit abzubauen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute fordern daher auch im Hinblick auf die angestrebte Vollendung des europäischen Binnenmarktes 1992 verstärkte Anstrengungen zur Deregulierung, um dem Wettbewerb wieder mehr Raum zu geben.

Mehr Deregulierung und Entbürokratisierung bedeutet für die CDU auch ein Signal für mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt: Die Tarifpartner müssen ihre gesamtwirtschaftliche Verantwortung zum Abbau der Arbeitslosigkeit wahrnehmen. Denn mit der Vollendung des Binnenmarktes wird es auch zu einem stärkeren Wettbewerb bei den Löhnen und Lohnnebenkosten kommen.

Mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt und damit bessere Chancen für Arbeitslose wird auch durch das verstärkte Angebot von Teilzeitarbeit erreicht. Wir fordern daher eine Entfristung des Beschäftigungsförderungsgesetzes.



Kohl klar vor Vogel

Bundeskanzler Kohl hat im April SPD-Oppositionsführer Vogel in der Wählergunst mit einem Riesenvorsprung überundet. 50 Prozent der Bundesbürger würden ihn wählen (wenn es eine Direktwahl gäbe), nur 40 Prozent Vogel.

(Schreibt die „Bild“-Zeitung in ihrer Ausgabe vom 30. 4. 1988)



Solidarität und Eigenverantwortung

Die Bundesregierung hat am 27. April 1988 den von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vorgelegten Gesetzentwurf eines Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen (GRG) beschlossen. Der Entwurf wird dem Bundesrat unverzüglich zugeleitet. Die Reform des Gesundheitswesens soll zum 1. Januar 1989 in Kraft treten.

Die Gesundheitsreform ist neben der ebenfalls geplanten Rentenreform das bedeutsamste gesellschaftspolitische Vorhaben dieser Legislaturperiode. Mit dem Gesundheitsreform-Gesetz strebt die Bundesregierung eine solidarische Erneuerung der gesetzlichen Krankenversicherung an, um das hohe Niveau unseres Gesundheitswesens langfristig zu sichern und die Krankenkassen finanziell dauerhaft zu stabilisieren. Die Anreize zu wirtschaftlichem Verhalten bei Versicherten und Leistungserbringern sollen verbessert werden, Überversorgungen abgebaut und Versorgungsdefizite beseitigt werden.

Das Recht der Krankenversicherung ist seit Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung im Jahre 1911 nicht mehr systematisch überarbeitet worden. Es soll in der Strukturreform im Gesundheitswesen daher modernisiert und verständlich gemacht werden. Die Neukodifikation soll mit einem Einbau des Rechts der Krankenversicherung in das Sozialgesetzbuch verbunden werden.

Den hohen Stand unseres Gesundheitswesens sichern

Unser Gesundheitswesen gehört zum Besten der Welt. Dichte Versorgung, freie Arztwahl, medizinische Spitzenleistungen: Das wollen wir erhalten und sichern. Gesundheit ist höchstes menschliches Gut. Deshalb: Wer krank ist, muß jede

erforderliche Hilfe erhalten, um wieder gesund zu werden. Und der medizinische Fortschritt muß jeden erreichen — unabhängig von seinem Einkommen.

Damit dies auf Dauer möglich ist, müssen wir das Geld der gesetzlichen Krankenversicherung zusammenhalten und auf das Notwendige konzentrieren. Daß die Ausgaben steigen und steigen, hat nur wenig mit Verbesserung der Gesundheit zu tun, aber viel mit fehlender wirtschaftlicher Steuerung, überhöhten Preisen und einer wachsenden Anspruchsmoralität bei allen Beteiligten. Jeder nimmt, was er kriegen kann, und die Beitragszahler — die Versicherten und die Betriebe — zahlen am Ende die Rechnung.

Die Kosten laufen davon

Daß es so nicht weitergehen kann, beweisen die Zahlen: 1960 gab die gesetzliche Krankenversicherung 9 Mrd. DM aus, 1970 schon 24 Mrd., 1980 fast 86 Mrd., und in diesem Jahr werden es rund 125 Mrd. sein. Seit 1960 stiegen die Bruttolöhne um das Fünffache, die Ausgaben der Krankenversicherung aber um das Vierzehnfache.

Der durchschnittliche Beitragssatz der gesetzlichen Krankenkassen ist seit 1970 von 8,2 Prozent auf rund 12,7 Prozent (Stand: 1. November 1987) angestiegen. Wir müssen damit rechnen, daß bereits Anfang 1989 die 13-Prozent-Grenze erreicht ist. Wenn die Entwicklung so weiterläufe, würden wir zur Jahrhundertwende auf die 20-Prozent-Marke zusteuern.

Ein weiterer ungebremster Anstieg der Beitragssätze würde nicht nur alle Versicherten belasten, sondern auch die Lohnnebenkosten in die Höhe treiben und dadurch den weiteren Beschäftigungszuwachs gefährden.

Zitat

„Diese Reformen sind existentiell wichtig für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland. Gerade deshalb ist es völlig normal, daß es über die Einzelheiten intensive Diskussionen gibt. Ich sage voraus, daß am Ende der Gesetzgebung die Mehrheit der Bürger von der Richtigkeit der Reformen überzeugt sein wird.“

(Helmut Kohl in der „Abendpost-Nachtausgabe“ vom 3. Mai 1988)

Die Ausgabenexplosion in der Krankenversicherung vernichtet Kaufkraft und gefährdet Arbeitsplätze. Stabile Beitragssätze sind aber nicht nur beschäftigungspolitisch geboten, sondern auch gesundheitspolitisch zu verantworten. Allein der Anstieg der Löhne und Gehälter würde den Kassen in diesem Jahr bei stabilen Beitragssätzen fast 3,0 Mrd. DM zusätzli-

che Einnahmen zuführen. Dieser Zuwachs muß ausreichen, um die Versicherten auch weiterhin am medizinischen Fortschritt teilhaben zu lassen.

Im vergangenen Jahr mußten die Beitragszahler über 16 Mrd. DM mehr für die Krankenversicherung aufbringen als 1984. 9 Mrd. davon beruhen auf Anhebungen des Beitragssatzes. 1988 werden dies schon 13 Mrd. DM sein. Das heißt: In nur zwei Jahren (1987/88) blieben den Beitragszahlern 22 Mrd. DM mehr in der Tasche, wenn die Beitragssätze von 1984 stabil geblieben wären.

Angesichts dieser Entwicklung haben wir nicht die Wahl: verändern oder nicht verändern, sondern nur die Wahl: verändern oder verenden. Wir müssen handeln.

Dabei besinnen wir uns auf die tragenden Prinzipien der gesetzlichen Krankenversicherung: Solidarität und Eigenverantwortung.

Schwerpunkte des Reformvorhabens sind:**1. Die Solidarität wird neu bestimmt:**

Die Reform soll Versorgungsdefizite beseitigen. Sie bestehen bei der Krankheitsvorbeugung und Früherkennung. Deshalb sollen die Präventionsleistungen verbessert und die Nachsorge und Rehabilitation ausgebaut werden. Von besonderem politischen Gewicht ist, daß mit der Strukturreform im Gesundheitswesen der Beitrag der gesetzlichen Krankenversicherung zur Verbesserung der sozialen Sicherung bei Pflegebedürftigkeit bestimmt wird: Ab 1989 sollen die Krankenkassen für vier Wochen im Jahr die Kosten der Pflege von Schwerpflegebedürftigen übernehmen, wenn die Pflegeperson wegen Krankheit, Urlaub oder aus einem sonstigen Grunde ausfällt. Ab 1991 können Schwerpflegebedürftige darüber hinaus Pflegehilfen in Form von bis zu 25 Pflegeeinsätzen im Kalendermonat

erhalten; wahlweise zahlt die Krankenkasse statt dieser Sachleistung einen Betrag von 400 DM je Monat.

Auf der anderen Seite soll die Reform Überhänge abbauen und die Solidarität auf das Notwendige beschränken. Leistungen, die keiner solidarischen Absicherung bedürfen, werden aus dem Leistungskatalog herausgenommen. Deshalb soll das Sterbegeld künftig entfallen; für Versicherte der Geburtsjahrgänge 1938 und älter ist eine Übergangsregelung vorgesehen. Bei Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln sollen die Leistungen der Krankenkassen auf Festbeträge begrenzt werden, die eine ausreichende, in ihrer Qualität gesicherte, preiswerte Versorgung abdecken. Der Zuschuß bei offenen Badekuren soll auf 15 DM je Tag begrenzt werden. Unwirtschaftliche Arznei-, Heil- und

Lesen Sie auch das neue CDU extra



**Umwelt:
Schöne Haare
auch ohne
Treibgas**

Profriseur Gaby Neufert hat lange mehr mit getriebelosen Haartönen. Seite 2



**Urlaub:
Stabile DM
fördert
Reiselust**

Nach das Euro, wenn man in Mode kommt der Weltreise. Seite 2

Wir beseitigen Schritt für Schritt die SPD-Versäumnisse

Reformen

für eine gute Zukunft

**Steuer-
Reform**

**Gesundheits-
Reform**

**Post-
Reform**

Die CDU hat Wahl. Als die Regierungsbildung überlässt, verspricht sie Reformen, damit wir Land wieder eine Zukunft hat. Das ist unser Versprechen — und lassen sich zeigen — das Versprechen der SPD ist nicht erfüllt. Viele Versprechen sind nicht eingehalten sind nicht erfüllt, sondern sind in Angriff genommen worden. Das ist der erste Schritt.

Die CDU hat Wahl. Als die Regierungsbildung überlässt, verspricht sie Reformen, damit wir Land wieder eine Zukunft hat. Das ist unser Versprechen — und lassen sich zeigen — das Versprechen der SPD ist nicht erfüllt. Viele Versprechen sind nicht eingehalten sind nicht erfüllt, sondern sind in Angriff genommen worden. Das ist der erste Schritt.



Frühling in Europa

Europa kann keine Partei sein. Deutschland ist ein Teil der Welt und muss sich nicht als einziger in Europa behaupten. Die deutsche Regierung hat die Aufgabe, Europa zu führen und die Interessen der Deutschen zu vertreten. Die deutsche Regierung hat die Aufgabe, Europa zu führen und die Interessen der Deutschen zu vertreten.

Die neue Ausgabe unseres beliebten Massenverteilmittels informiert auf acht farbigen Seiten argumentativ und ausführlich über die Steuer-, Gesundheits- und Postreform.

Bestell-Nr.: 2065

Mindestabnahme: 250 Exemplare

Preis je 250 Stück:

25,— DM zuzüglich MwSt.

Bestellungen über das
IS-Versandzentrum
Postfach 13 28
4804 Versmold

Hilfsmittel sollen nicht mehr von den Krankenkassen übernommen werden.

2. Die Eigenverantwortung der Versicherten wird gestärkt

Hierzu bedarf es verbesserter Rahmenbedingungen für Gesundheitsvorsorge und Gesundheitserziehung. Die Krankenkassen sollen sich daher künftig an den Kosten zahnmedizinischer Erziehung in Kindergärten und Schulen beteiligen. Eine zahnärztliche Vorsorgeuntersuchung und eine regelmäßige Gesundheitsuntersuchung durch den Arzt auf Risikofaktoren (Gesundheits-check-up) sollen eingeführt werden.

Die Bundesregierung hält es auch für erforderlich, in einem sozial vertretbaren Rahmen die Eigenverantwortung der Versicherten durch eine stärkere finanzielle Beteiligung an einzelnen Leistungen zu stärken.

Dies gilt für Zahnersatz und Fahrtkosten. Andererseits soll sich der Zuschuß der Krankenkassen beim Zahnersatz bei regelmäßiger Zahnvorsorge der Versicherten erhöhen.

Eine Härtefallregelung stellt sicher, daß die vorgesehenen Zuzahlungen nicht zum Verzicht auf die Inanspruchnahme medizinisch notwendiger Leistungen führen müssen.

Im Rahmen einer Erprobungsregelung erhalten die Krankenkassen Gelegenheit, Erfahrungen mit einer Beitragsrückgewähr bei sparsamer Inanspruchnahme von Leistungen durch den Versicherten zu gewinnen.

3. Die Wirtschaftlichkeit bei den Leistungserbringern wird erhöht

Vorgesehen ist zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit insbesondere:

● Für alle Leistungsbereiche soll die Anpassung der Vergütungen an den Grundsatz der Beitragsatzstabilität

gebunden werden. Ein stärkerer Anstieg der Vergütungen soll nur bei medizinischer Notwendigkeit und nach Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeitsreserven zulässig sein.

● Der Preiswettbewerb auf dem Arzneimittelmarkt soll verstärkt werden, um eine kostengünstigere Arzneimittelversorgung zu erreichen. Hierzu ist neben der Einführung von Festbeträgen auch die Erleichterung der Arzneimittelsubstitution durch den Apotheker vorgesehen.

● Die Möglichkeiten von Krankenkassen und Krankenhäusern, mehr Wirtschaftlichkeit bei der stationären Versorgung zu erreichen, sollen verbessert werden.

U. a. wird den Krankenkassen ein Kündigungsrecht eingeräumt; die Kündigung wird mit Genehmigung des Landes wirksam, wenn für das einzelne Krankenhaus kein Bedarf besteht oder es nicht nur vorübergehend unwirtschaftlich arbeitet.

Das Vertragsrecht zwischen den Verbänden der Krankenhäuser und den Verbänden der Krankenkassen wird neu geordnet. Die Krankenkassen sollen ein Verzeichnis stationärer Leistungen und Entgelte aufstellen, das die Kassenärzte bei der Verordnung von Krankenhauspflege beachten sollen. Im übrigen wird die Bundesregierung noch in diesem Jahr einen Bericht zu den Erfahrungen mit dem neuen Krankenhausfinanzierungsrecht vorlegen; in diesem Zusammenhang wird sie prüfen, welcher weitere gesetzgeberische Handlungsbedarf in diesem Bereich besteht.

● Die Verantwortung der Kassenärzte für die von ihnen erbrachten und veranlaßten Leistungen soll durch eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeitsprüfungen gestärkt werden.

● Die Transparenz über Kosten und Leistungen für alle Beteiligten soll verbessert werden. Die Abrechnungsverfahren zwischen Kassen und Leistungsanbietern

werden modernisiert. Strenge Löschungsvorschriften und die Beschränkung der Verwertung der zusammengeführten Daten auf die Wirtschaftlichkeitsprüfungen sichern den Datenschutz. Leistungskonten werden nicht errichtet. Die Versicherten erhalten einen Rechtsanspruch, sich von ihrer Kasse über die für sie veranlaßten Kosten und Leistungen unterrichten zu lassen.

● Der Vertrauensärztliche Dienst soll neu geordnet und zu einem leistungsfähigen medizinischen Dienst der Krankenkassen

Diese Ausführungen eignen sich auch als Musterrede für die Diskussion der Mandatsträger „vor Ort“.

umgestaltet werden. Beim medizinischen Dienst sollen vorrangig Honorarkräfte tätig werden.

4. Die Strukturen der Krankenversicherung werden modernisiert

Mit der Strukturreform im Gesundheitswesen beabsichtigt die Bundesregierung auch einen Beitrag zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Krankenversicherung zu leisten.

Dazu ist vorgesehen, durch Erleichterung von Finanzausgleichen die Möglichkeit der Krankenkassen zu verbessern, Beitragssatzunterschiede anzugleichen.

Durch Abbau der Unterschiede im Mitgliedschafts-, Beitrags- und Leistungsrecht zwischen RVO- und Ersatzkassen soll ein fairer Wettbewerb zwischen den Kassenarten ermöglicht werden. Die Versicherungspflichtgrenze wird auch für Arbeiter eingeführt.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die Belastungen, die sich aus der demographischen Entwicklung ergeben können, von aktiv Versicherten und Rent-

nern gemeinsam getragen werden müssen. Sie schlägt daher vor, den Beitragssatz aus der Rente an den durchschnittlichen allgemeinen Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung anzugleichen.

Mit der Strukturreform im Gesundheitswesen wird die Bundesregierung die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen, daß die gesetzliche Krankenversicherung ihren Versicherten zu vertretbaren Beitragssätzen auch künftig eine leistungsfähige gesundheitliche Versorgung gewährleisten kann.

Finanzielle Auswirkungen

Durch die vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und durch die Konzentration der Leistungen auf das medizinisch Notwendige wird nach voller Wirksamkeit der Regelungen ein Einsparvolumen von rd. 14,1 Mrd. DM erzielt werden. Von diesem Einsparvolumen werden rd. 7,1 Mrd. DM für neue Leistungen verwendet. Rund 0,8 Mrd. DM kommen den Versicherten durch Wegfall von Zuzahlungen in den Bereichen zugute, wo Festbeträge eingeführt werden. Rund 6,2 Mrd. DM stehen für Beitragssatzsenkungen zur Verfügung.

Die Strukturreform im Gesundheitswesen ist ein wichtiger Schritt zu einem zukunftsorientierten, leistungsfähigen und wirtschaftlichen Gesundheitswesen. Die Strukturreform kann allerdings nicht alle Probleme des Gesundheitswesens in einem Schritt lösen. Weitere Schritte sind daher notwendig.

Die weitere Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen wird auf die einzelnen Kassenarten unterschiedliche Auswirkungen haben. Dies wird die schon bestehenden Probleme der Krankenkassenstrukturen vergrößern. Hier wird der Gesetzgeber handeln müssen.

Zitat

„In Berlin gibt es keine Bundeswehr; die Menschen dort haben aber ein besonderes Empfinden für Sicherheit und Schutz. Ich glaube, daß kein Teil der deutschen Bevölkerung das westliche Verteidigungsbündnis und damit die Bundeswehr so zu schätzen weiß wie die Berliner.“

(Rupert Scholz in „Bild am Sonntag“ vom 1. Mai 1988)

Die Bundesregierung wird nach Vorlage des Erfahrungsberichtes zum neuen Krankenhausfinanzierungsrecht prüfen, welche weiteren strukturverbessernden Maßnahmen bei der Krankenhausversorgung notwendig sind.

Steigende Arztlizenzen können Qualität und Finanzierbarkeit der gesundheitlichen Versorgung beeinträchtigen. Längerfristig stellt sich hier daher die Frage, ob die heutigen Regelungen der kassenärztlichen Bedarfsplanung ausreichen. Die Bundesregierung appelliert an die Bundesländer, die Ausbildungskapazitäten in den medizinischen Berufen an den Bedarf und die Erfordernisse der Ausbildungsqualität anzupassen.

3,5 Millionen Kabelanschlüsse

Mehr als 3,5 Millionen Haushalte nutzten bis Ende März 1988 einen Kabelanschluß. Das ist innerhalb der ersten drei Monate dieses Jahres eine Zunahme von 300.000. Im Jahre 1987 kamen insgesamt 900.000 Haushalte dazu. Mit 9,29 Millionen Haushalten waren Ende März 1988 36 Prozent der 25,7 Millionen Haushalte anschließbar.

„Die Investitionen im Bereich der Verknüpfung schaffen und sichern insgesamt etwa 30.000 Arbeitsplätze, davon 9.000 bei der Deutschen Bundespost“, betonte Postminister Schwarz-Schilling.

Norbert Blüm:

Diese Reform ist mehr als eine Kostendämpfung

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm erklärte zur Verabschiedung des Regierungsentwurfs:

„Diese Strukturreform ist mehr als Kostendämpfung. Unser Gesetzentwurf sucht eine neue Balance zwischen Solidarität und Eigenverantwortung. Gegen eine Ausuferung von Aufgaben der Krankenversicherung und ihre Überschwemmung mit Wünschen setzen wir die Konzentration der Solidarität auf das Notwendige.

Wer krank ist, dem soll mit allen Kräften und mit allen Mitteln auch des medizinischen Fortschritts geholfen werden. Deshalb bauen wir Überversorgung ab und bekämpfen Verschwendung, um die Mittel zu sichern, das Notwendige weiterhin mit solidarischen Pflichtbeiträgen finanzieren zu können.

Der Festbetrag, mit dem das Notwendige bezahlt wird, verbindet Solidarität für die Versicherten mit Wettbewerbsdruck für die Anbieter in unserem Gesundheitssystem.

Unser Sozialstaat kennt nicht nur Überversorgung und Verschwendung, sondern auch Unterversorgung und Mangel. Wir sparen auch, um Geld zu erhalten, mit dem wir den über 600.000 Schwer- und Schwerstpflegebedürftigen, die zu Hause versorgt werden, helfen können. 6,4 Milliarden Mark des Einsparvolumens von 14,1 Milliarden Mark geben wir für die häusliche Pflege aus. Das ist richtig und notwendig. Das ist der Beitrag der Krankenversicherung zur Bewältigung der großen Gesamtaufgabe der Pflege. Wir

erhoffen uns mit diesem Beitrag Hilfe für die Notleidenden und Entlastung auch bei der stationären Versorgung.

Eigenverantwortung stärken

Das Sparen steht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und der öffentlichen Auseinandersetzung um unsere Strukturreform. Dabei entsteht die Gefahr, daß die Stärkung der Eigenverantwortung übersehen wird. Wir bauen die Vorsorge aus, wir verstärken die Bemühungen um Krankheitsfrüherkennung, wir belohnen die Eigensorge für Zahngesundheit.

Neue Wege

Wir verknüpfen Eigenverantwortung mit Solidarität. Durch Kostenerstattung beim Zahnersatz und der Einführung eines Modellversuches mit einem Bonussystem (Beitragsrückgewähr) versuchen wir neue Wege, wie wir durch stärkeres Kosteninteresse und Eigenverantwortung die Solidarität entlasten können. Auch daß bei kieferorthopädischen Leistungen die Krankenkasse zunächst nur 75 Prozent der Kosten erstattet und den Rest bei Abschluß der Behandlung, macht die Verantwortung des einzelnen gegenüber der Solidargemeinschaft deutlicher.

Mit erhöhter Transparenz schaffen wir mehr Rationalität und Kostenbewußtsein in unserer Krankenversicherung. Das ist eine wichtige Voraussetzung der Eigenverantwortung. Ohne Wissen keine Verantwortung. Anonymität ist das Mistbeet des Mißbrauchs und des Ausnutzens.

Mit der Neuorganisation des sozialmedizinischen Dienstes, der an die Stelle des

Zitat

„Man tut den Rentnern einen großen Gefallen, wenn man die Rente aus parteipolitischem Streit heraushält. Wer sich auf Kosten der Rentner profilieren will, wird erleben, daß dies wie ein Bumerang zurückkommt. Die Rentner brauchen Sicherheit, daß ihre Rente nicht mit jedem Regierungswechsel umgekrempelt wird.“

(Norbert Blüm im General-Anzeiger vom 30. April 1988)

bisherigen vertrauensärztlichen Dienstes tritt, verbessern wir die Qualität unseres Krankenversicherungssystems. -

Soziale Rücksicht

Der sozialen Rücksicht werden wir gerecht, indem wir nicht nur die bisher üblichen Härtefallregelungen im Gesetz verankern, sondern mit einer Überforderungsklausel eine unzumutbare Kulmination von Zuzahlungen vermeiden. Das schützt vor allem die chronisch Kranken. Kinder unter 18 Jahren sind mit Ausnahme von Zahnersatz und Fahrkosten generell von Zuzahlungen befreit.

Weitere Schritte

Das Gesetz stellt nicht das Ende unserer Reformbemühungen um das Krankenversicherungssystem dar. Im Krankenhausbereich werden wir den noch in diesem Jahr zu erstattenden Bericht über die Erfahrungen mit dem neuen Krankenhausfinanzierungsrecht auswerten, um so das Krankenhaus stärker als es bereits in diesem Gesetz geschieht in unser System der Eigenverantwortung und Solidarität einzubeziehen. Das gegliederte System unserer Krankenversicherung soll erhalten bleiben. Sein jetziger Zustand ist jedoch voller Ungereimtheiten. Im jetzt als Entwurf vorliegenden Gesetz sind

erste, aber nicht abschließende Beiträge zur Organisationsreform enthalten.

Das Problem der Überkapazität im Bereich der Ärzte harrt noch einer befriedigenden Lösung. Hier sind insbesondere die Länder gefordert. Die Kapazitätsverordnungen für die Universitätskliniken müssen neu gefaßt werden.

Unsere Reform mutet allen Beteiligten Umstellungen zu, denn es kann nicht alles beim alten bleiben. Das gilt aber auch für andere öffentliche Systeme. Aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit müssen auch Anpassungen in der Beihilfe des öffentlichen Dienstes folgen.

Alles, was wir mit diesem Gesetz tun, kommt den an der Krankenversicherung beteiligten Bürgern zugute. Sie gewinnen — entweder als Beitragszahler oder als Patienten, entweder durch niedrigere Beiträge oder durch neue Leistungen in der Pflege und Vorsorge.

16.000 zusätzliche Ausbildungsplätze bei der Bundesbahn

Der Bund hat seit 1983 annähernd 600 Millionen Mark an die Deutsche Bundesbahn für zusätzliche Ausbildungsplätze bezahlt. Damit haben über 16.000 Jugendliche entweder im gewerblich-technischen Bereich oder als Verkehrskaufleute eine Ausbildungsstelle gefunden. Der Bund leistet somit einen wirkungsvollen Beitrag zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit.

Auch in diesem Jahr stellt die Deutsche Bundesbahn weitere 1.900 Ausbildungsplätze über ihren Eigenbedarf hinaus gegen Erstattung der entstehenden Kosten durch den Bund zur Verfügung. 151 Millionen Mark hat der Bund allein 1988 für zusätzliche Ausbildungsplätze bereitgestellt.

Heiner Geißler:

Die Reform sozial ausgewogen und gerecht

Zu dem Reformvorhaben erklärt der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler:

Eines der schwierigsten Reformvorhaben dieser Legislaturperiode ist auf den Weg der Gesetzgebung gebracht worden. Mit der Einbringung des Gesetzentwurfes zur Strukturreform im Gesundheitswesen hat die Koalition ihre Handlungsfähigkeit eindrucksvoll demonstriert. Das erzielte Ergebnis ist auch ein persönlicher Erfolg für Bundesarbeitsminister Norbert Blüm. Ohne seine Beharrlichkeit und sein Verhandlungsgeschick wäre dieses Reformwerk nicht möglich gewesen. Was in vergangenen Legislaturperioden mehrmals gescheitert ist, steht jetzt vor der Vollen-
dung.

Die Reform ist sozial ausgewogen und gerecht. Alle Beteiligten leisten ihren angemessenen Beitrag zur Stabilisierung der Krankenkassenfinanzen. Mit den vorgesehenen Einsparungen werden die Beitragszahler entlastet und endlich die erforderlichen Mittel für drängende Zukunftsaufgaben frei.

Als bedeutender sozialpolitischer Durchbruch ist dabei der Einstieg in die Absicherung der häuslichen Pflege zu werten. Diese familienfreundliche Komponente der Reform trägt vor allem der Tatsache Rechnung, daß die Zahl der hochbetagten und pflegebedürftigen Mitbürger immer mehr ansteigt und dadurch die Belastung der Familien, die zu 90 Prozent diese Pflege tragen, immer größer geworden ist.

Der Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform ist ein Sieg der wirtschaftlichen Vernunft, der sozialen Gerechtigkeit, aber auch des Gemeinwohls über Gruppeninteressen.

Die Sozialdemokraten, denen es in dreizehn Jahren ihrer Regierungsverantwortung nicht gelungen ist, die Kostenexplosion im Gesundheitswesen zu dämpfen — obwohl das Problem spätestens 1973 in seiner ganzen Tragweite erkannt worden war —, haben jedes Recht verloren, diese Reform zu kritisieren, zumal sie über keine diskutabile Alternative verfügen.

Rentenanpassung kann in Kraft treten

Die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung werden zum 1. Juli 1988 um drei Prozent angehoben. Gleiches gilt für die Altersgelder aus der Altershilfe für Landwirte und die Geldleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung. Der Bundesrat hat einem entsprechenden Gesetz einstimmig zugestimmt.

Mitgliederwerbung

Das nächste Seminar für Aktionsleiter findet am 17./18. Mai 1988 in Bonn statt. Siehe auch UiD 12/88, Seite 9.

Die Anmeldung erfolgt nach Absprache mit dem jeweiligen Kreisverband bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle
z.Hd. Herrn Ralf Firmenich
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 5 44-371.

Erneuerbare Energien:

Wichtiger Baustein einer integrierten Energiepolitik

Die derzeit häufig nach einzelnen Energieträgern isoliert geführte öffentliche Diskussion verstellt den Blick für die tatsächlichen Erfordernisse einer langfristig angelegten, zukunftsorientierten Energiepolitik. Die CDU tritt daher für eine integrierte Energiepolitik ein, die alle Energieträger berücksichtigt: fossile wie regenerative Energieträger und die Kernenergie. Aufgabe einer integrierten Energiepolitik muß es sein, die Möglichkeiten und die Notwendigkeit des Einsatzes der einzelnen Energieträger unter ökonomischen und ökologischen Aspekten einer ständigen Überprüfung zu unterziehen. Nur so kann sichergestellt werden, daß auch zukünftig Energie ausreichend, preiswert und umweltfreundlich zur Verfügung steht.

Dies betonte Ludwig Gerstein MdB, Vorsitzender des Bundesfachausschusses „Energie“ der CDU nach der Besichtigung des Windparks Kaiser-Wilhelm-Koog in Schleswig-Holstein.

- Während Schleswig-Holstein im Energiebereich vor zehn Jahren noch ein Hochpreisland war, dessen Strompreise 16 % über dem Bundesdurchschnitt lagen, kann das Land heute attraktive Strompreise (1,8 % unter Bundesdurchschnitt) anbieten. Das ist ein entscheidender Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftskraft dieses Landes.
- Mit einem Fernwärmeanteil von 3,9 % am Endenergieverbrauch liegt Schleswig-Holstein nach wie vor an der Spitze der

Flächenländer. Bund und Land haben diese bemerkenswerte Leistung ermöglicht, indem sie seit 1983 rund 61 Mio. DM an Fördermitteln zur Verfügung gestellt haben.

- Auch im Bereich der regenerativen Energien hat Schleswig-Holstein eine Pilotfunktion übernommen. Eine ganze Reihe von Projekten und Demonstrationsvorhaben vor allem im Bereich Windenergie und Fotovoltaik machen deutlich, daß hier eine ausgewogene und zukunftsorientierte Energiepolitik betrieben wird, die inzwischen Vorbild für andere Küstenländer ist.

Verstärkte Förderung erneuerbarer Energien

Besondere Bedeutung bei der Förderung regenerativer Energien kommt derzeit der Windenergie zu. Nicht zuletzt durch die finanzielle Unterstützung der Bundesregierung und der schleswig-holsteinischen Landesregierung konnte die Windenergietechnik soweit vorangetrieben werden, daß sie sich heute an der Schwelle zur Marktreife befindet:

Im August 1987 wurde im Kaiser-Wilhelm-Koog in Schleswig-Holstein der erste deutsche Windpark mit einer Gesamtleistung von 1 MW in Betrieb genommen. Ein Windpark gleicher Größenordnung wird zur Zeit bei Cuxhaven errichtet. Bereits im November 1987 ist bei den Stadtwerken Norden ein kleiner Windpark mit fünf Windkraftanlagen in Betrieb gegangen. Darüber hinaus gibt es Gruppenkonzepte gemeindlicher Stadtwerke, die in Schleswig-Holstein in den

Städten Bredstedt, Garding und Niebüll verwirklicht werden.

Die zahlreichen Forschungsanstrengungen im Bereich der regenerativen Energien, die die CDU-geführte Bundesregierung und die Landesregierung Schleswig-Holsteins massiv unterstützen, werden dazu führen, daß Energiequellen wie Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse mittelfristig an Bedeutung weiter zunehmen werden. Heute ist ihr Einsatz aufgrund mangelnder Wirtschaftlichkeit noch relativ beschränkt. Nur Biogas und Wasserkraft sind derzeit ohne staatliche Unterstützung wirtschaftlich nutzbar.

Um den wirtschaftlichen Einsatz von regenerativen Energieträgern zu beschleunigen, setzt sich die CDU für folgende Maßnahmen ein:

- Die Forschungsmittel von derzeit 242 Mio. DM sollten weiter aufgestockt werden. Denn insbesondere, was das Langzeitverhalten, den Einsatz moderner Werkstoffe, die Kostenreduzierung und die Einbindung in das Stromversorgungssystem anbetrifft, gibt es noch erheblichen Forschungsbedarf. Bund, Länder, Hersteller und Energieversorgungsunternehmen sollten daher ein Modellvorhaben konzipieren, um über einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren und für eine Kapazität von etwa 100 MW Erfahrungen von einer ausreichenden statistischen Relevanz zu sammeln.

- Die bestehenden Großforschungszentren in der Bundesrepublik Deutschland sollten stärker als bisher in die zusammenfassende Auswertung aller Ergebnisse der Energieforschung einbezogen werden. In diesen Zentren wird schon heute hervorragende Arbeit auf diesem Gebiet geleistet, so daß auch die Forschungsschwerpunkte in bezug auf die regenerativen Energien hier besondere Beachtung finden können. Im Bereich der Windenergie könnte diese Aufgabe

z. B. der GKSS-Großforschungszentrum Geesthacht GmbH oder der Fördergesellschaft Windenergie e.V. (FGW) übertragen werden.

- Die baurechtlichen Genehmigungen für Windkraft- oder Solaranlagen müssen erleichtert werden. Die Genehmigungsbehörden sollten mit Rücksicht auf die besondere Umweltfreundlichkeit dieser Anlagen ihren Ermessensspielraum auch zugunsten dieser Anlagen nutzen. Damit könnte auch die Bereitschaft der Bürger, in Küstennähe eigene Windkraftanlagen zu errichten und zu nutzen, gefördert werden.

- Die kommunalen, regionalen und die Verbundunternehmen der Elektrizitätswirtschaft sollten überlegen, wie sie über die bisherigen Regelungen hinaus den ihnen angebotenen Strom einspeisen können.

SPD weiter auf Schlingerkurs

Die SPD befindet sich auch in Schleswig-Holstein nach wie vor auf einem energiepolitischen Schlingerkurs. Erst kürzlich lieferte der SPD-Spitzenkandidat Björn Engholm dafür ein weiteres Beispiel: Auf den Ausstiegskurs seiner Partei angesprochen, meinte Engholm vor einem hochkarätigen Plenum internationaler Wirtschaftsexperten, daß in der Öffentlichkeit offenbar „Mißverständnisse“ entstanden seien. Eine SPD-Landesregierung wolle bis 1990 zunächst die Entscheidungsgrundlagen erarbeiten. Erst dann beginne der möglicherweise langwierige Prozeß des Ausstiegs mit langen gerichtlichen Auseinandersetzungen.

Demgegenüber stellt die CDU mit ihrer integrierten Energiepolitik unter Beweis, daß sie auch in Zukunft ein schlüssiges Konzept für eine wirtschaftliche, umweltfreundliche und sichere Energieversorgung hat.

Bundesbahn mit Weltrekord:

Vier Leitlinien zur zukünftigen Verkehrspolitik

Einen Weltrekord für Schienenfahrzeuge hat die Deutsche Bundesbahn geschafft — mit einer Geschwindigkeit von 406 Stundenkilometern. Auf einem Teilstück der Neubaustrecke Hannover–Würzburg, die am 29. Mai dem Verkehr übergeben wird holte der Prototyp Intercity-Experimental wieder einen Weltrekord auf Schienen nach Deutschland. Bundesverkehrsminister Jürgen Warnke und Forschungsminister Heinz Riesenhuber waren bei der schnellen Fahrt an Bord. Die beiden Minister gratulierten den Ingenieuren der Bundesbahn zu ihrer „großartigen Leistung“.

Zur Verkehrspolitik erklärte der zuständige Verkehrsminister Jürgen Warnke, sie stehe unter folgenden vier Leitlinien:

● Strukturen der Zukunft gestalten

Die Zurechnung der Wegekosten für den Schwerlastverkehr ist heute wesentliche Zielprojektion für eine gemeinsame europäische Verkehrspolitik. Vor einem Jahr wäre das noch undenkbar gewesen.

● Sicherheit gewähren und Schöpfung bewahren

Die Verkehrssicherheitsarbeit hat einen neuen Akzent erhalten. Die Vorbereitung für die neue nationale Kampagne Verkehrssicherheit steht kurz vor dem Abschluß.

● Grenzen überwinden

Vor einem Jahr gab es eine dramatische Zuspitzung im sogenannten alpenquerenden Verkehr. Wir haben die Diskussion versachlicht und in Brüssel ein Verhandlungsmandat durchgesetzt.

● Lebenskraft des ländlichen Raumes stärken

Zur Stärkung des ländlichen Raumes haben wir ein Konzept für den öffentlichen Personennahverkehr erarbeitet. Mit der Bereitstellung von 100 Mio. DM für die Beschaffung von Bussen haben wir Neuland betreten.

Strukturen der Zukunft gestalten, das heißt vor allem: Strukturwandel bewältigen. Strukturwandel ist das beherrschende Thema für viele Bereiche der Wirtschaft — für die Montanindustrie, die Agrarwirtschaft, den Schiffsbau und nicht zuletzt für die Verkehrswirtschaft. Klassisches Beispiel aus dem Verkehrsbereich: die Deutsche Bundesbahn. Mit einer Nostalgiebahn ist die Zukunft nicht zu gewinnen, sondern nur mit einer modernen, leistungsstarken Bahn des Jahres 2000. Der Minister: Die Bundesregierung setzt auf die Zukunft der Bahn. 50 Mrd. DM Bruttoinvestitionen an die Bahn im Zehnjahreszeitraum 1986 bis 1995 sprechen eine deutliche Sprache — nachdem 50 Jahre lang nichts in Streckenneubau investiert worden ist. Wir haben bei den Investitionen zugunsten der Schiene umgesteuert und heute mit dem Straßenbau gleichgezogen.

Auch unsere Unternehmen des Straßengüterverkehrs stehen vor der Herausforderung des Strukturwandels. Sie müssen sich auf den europäischen Verkehrsmarkt einstellen. Die Bundesregierung steht zum Ziel des freien Verkehrsmarktes in der europäischen Gemeinschaft. Die Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen unter den Partnerstaaten ist eine der

wichtigsten Aufgaben der Bundesregierung. Ziel ist es, unseren Verkehrsunternehmen faire Startchancen im künftigen Verkehrsmarkt Europas zu sichern. Seit der letzten Ratstagung vom 14. März sind wir gemeinsamen Lösungen ein Stück näher gekommen. Die große Mehrheit unserer Partner ist von der Maximallösung — Durchstieg auf die Liberalisierung ohne Angleichung der Wettbewerbsbedingungen — herunter.

Der Minister ging auch auf das Thema Straßenbenutzungsgebühr ein. Es geht hierbei um nichts anderes als die Zurechnung von Infrastrukturkosten. Der Minister stellte klar: Es kommt darauf an, die heute unerträglich niedrige Wegekostendeckung von neun Prozent, mit der ausländische Lkw bei uns fahren, anzuheben. Jürgen Warnke: „Ich warne davor, daß wir durch eine massive Unterdeckung der Kosten durch den ausländischen Güterkraftverkehr in einen Verkehrsinfarkt auf unseren deutschen Straßen hineinschlittern, der unseren Pkw-Fahrern den Spaß am Autofahren gründlich verdirbt.“

Auch die Verantwortung für die Umwelt erfordert die Zurechnung der Wegekosten in einem vernünftigen Umfang. Unsere Straßen sind nicht beliebig vermehrbar.

Neben dem Umweltschutz ist die Verkehrssicherheit die entscheidende Rahmenbedingung der Verkehrspolitik dieser Bundesregierung.

Der Minister erklärte: „Für die Verkehrssicherheit gilt nach wie vor: Menschliches Fehlverhalten ist Unfallursache Nr. 1. Dafür sind gezielte Vorschriften und konsequente polizeiliche Überwachung wichtig. Dennoch: Die freiheitliche Demokratie lebt vom Verantwortungsbewußtsein ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger — auch und gerade im Straßenverkehr. Mit der nationalen Kam-

pagne ‚Verkehrssicherheit‘, die im vergangenen Jahr im Bundesministerium für Verkehr vorbereitet wurde und gegenwärtig mit Experten des Deutschen Verkehrssicherheitsrates abschließend beraten wird, werden wir das Verantwortungsbeußtsein der Verkehrsteilnehmer fördern. Unser Ziel ist eine wirklichkeitsnahe Aufklärung über die Gefahren des Straßenverkehrs, die persönliche Betroffenheit und Nachdenklichkeit erzeugt.“

Für den Transport gefährlicher Güter haben Verkehrssicherheit und Umweltschutz Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen, hob Minister Warnke hervor.

Das tragische Unglück von Herborn gibt weder zu Vorverurteilungen noch zu vorschnellen Schlußfolgerungen Anlaß. Gefordert waren sachliche, gezielt wirkende Entscheidungen. Die Bundesregierung hat ein Gefahrgutkonzept erarbeitet, das bei der sinnvollen Aufteilung unter den Verkehrsträgern, bei der Fahrzeugtechnik und beim Menschen ansetzt. Das Konzept umfaßt

- die Verlagerung von weiteren sieben Mio. t Gefahrgüter von der Straße auf Schiene und Binnenschiff,
- die zügige Verwirklichung des Ortsumgehungsprogramms,
- automatische Blockierverhinderer für Tankfahrzeuge und andere Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrzeugsicherheit,
- zusätzliche Fahrerschulung und Bestellung von Gefahrgutbeauftragten.

Grenzen überwinden, Brückenschlag zwischen den Staaten und Menschen, bezeichnete Minister Warnke als dritte Hauptaufgabe seiner Verkehrspolitik. Dazu gehört in erster Linie die Gestaltung der Konturen des künftigen Verkehrsmarktes innerhalb der europäischen Gemeinschaft. Aber Europa endet nicht an den Grenzen der Gemeinschaft. Zur europäischen Verkehrspolitik zählt auch

die Lösung der Probleme des alpenquerenden Verkehrs. Hier gibt es nun ein Verhandlungsmandat, das ohne die maßgebende Entwicklung der Bundesregierung kaum zustande gekommen wäre. Minister Warnke: „Wir haben ein Tor aufgemacht für eine umweltgerechte Beseitigung der Engpässe im Alpentransit, aber wir wissen: Es wird ein steiniger Weg.“

Der Ausbau der Verkehrsbeziehungen zu den Staaten Osteuropas gehört ebenfalls zu den Aufgaben, denen die Bundesregierung große Bedeutung beimißt. Der Abschluß von zwei Binnenschiffahrtsverträgen im Januar dieses Jahres — mit Ungarn und der Tschechoslowakei — ist Beleg dafür.

Der Bundesverkehrsminister sieht die vierte wichtige Aufgabe darin, die Lebenskraft des ländlichen Raumes zu stärken. Jürgen Warnke: „Die Bürger auf dem Lande sind genauso gute Steuerzahler wie alle anderen. Gerade in der Fläche, wo weitere Wege als anderswo zurückgelegt werden, haben Bürger und Wirtschaft Anspruch auf eine gute Verkehrsinfrastruktur.“ Auf dem Wege zu diesem Ziel hat die Verkehrspolitik erste wichtige Schritte unternommen:

- Straßenbauprojekte, die der Anbindung verkehrsferner Gebiete dienen, werden beschleunigt vollendet;

- Regionalschnellbahn und Interregio — Starttermin für den Interregio ist in diesem Jahr — sorgen für die Verknüpfung der Fläche mit dem Schnellfahrnetz der Bahn;

- Erarbeitung eines Konzepts zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs. Aus diesem Programm verwirklicht: Die erstmalige Förderung der Schaffung von Bussen. Damit wird vor allem der öffentliche Personennahverkehr der Fläche verbessert.

Wenn wir die Strukturen der Zukunft

gestalten, den Verkehr sicherer und umweltgerechter machen und Grenzen überwinden wollen, führt kein Weg an der Deutschen Bundesbahn vorbei.

Der Minister hob hervor: „Das zurückliegende Jahr hat gezeigt: Auf unseren Straßen und in der Luft wird es zunehmend enger. Wir dürfen die Last der Bewältigung des künftigen Verkehrsaufkommens nicht allein dem Auto und dem Flugzeug aufbürden. Das bedeutet für unsere Verkehrspolitik: Wir brauchen die Bahn, die einen Teil des Verkehrswachstums übernimmt.“ Die Bundesregierung setzt bei der Leistungsfähigkeit der Bahn auf Wachstum, nicht auf Schrumpfung. Das gilt für den Personen- wie den Güterverkehr. Mit den Investitionen in Höhe von gut 23 Mrd. DM — 15 Mrd. DM sind durchgeführt, 7,5 Mrd. DM fest eingeplant — für den Hochgeschwindigkeitsverkehr schafft die Bundesregierung dafür ein Fundament. Bundesminister Warnke: „Ich werde mich dafür verwenden, daß für die Aufrechterhaltung dieser Investitionsplanung zusätzliche Mittel in Milliardenhöhe bereitgestellt werden.“

Chancen für eine Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und Ertrag sieht die Bundesregierung in der europäischen Dimension: London-Paris-Brüssel-Köln und Paris-Südwestdeutschland heißen die Zukunftsperspektiven. Die Bahn soll insbesondere am wachsenden grenzüberschreitenden Verkehr stärker teilhaben. Zur Ausschöpfung der Wachstumspotentiale der Bahn bedarf es der Kooperation mit dem Straßengüterverkehr, den Speditoren und der verladenden Wirtschaft.

Der Minister abschließend: „Verkehrspolitik ist nicht der Nabel der Welt, aber sie geht jeden hautnah an. Hier sind Entscheidungen zu treffen, die den Bürger und die Wirtschaft unmittelbar betreffen und oft auch für die Umwelt von weitreichender Bedeutung sind.“

Kompromiß im Schulstreit

Die Niedersachsen-CDU bleibt auf dem richtigen Kurs und hat mit ihrem Sonderparteitag zur Orientierungsstufe in Osnabrück wieder Ruhe in die Basis gebracht. Mit einem ausgewogenen Kompromiß konnten Kritiker und Befürworter dieser Schulform befriedigt sein. Der Landesvorsitzende und Minister Wilfried Hasselmann sprach zum Ende des Parteitages: „Die Union hat Geschlossenheit bewiesen, es gibt keinen Sieger und keine Besiegten. Die CDU hat engagiert, fair und sachlich kontroverse Standpunkte ausgefochten.“

Die Führung der Niedersachsen-CDU hatte sich nach heftigen Kontroversen beim Landesparteitag 1987 in Fallingb. zu dem Sonderparteitag entschieden, nachdem immer wieder Kritik an dieser Schulform aufgetreten war. In monatelanger Arbeit hatte sich eine Kommission unter Leitung des ehemaligen JU-Vorsitzenden und jetzigen Landesvorstandsmitgliedes Christian Wulff (Osnabrück) gemeinsam mit Kultusminister Professor Dr. Wolfgang Knies um zufriedenstellende Lösungen bemüht.

Noch in der Nacht vor dem Sonderparteitag hatte der Landesvorstand unter anderem mit Ministerpräsident Ernst Albrecht, dem Landesvorsitzenden Wilfried Hasselmann, dem Landesgruppenchef Klaus-Jürgen Hedrich, dem Bonner Fraktionsgeschäftsführer Rudolf Seiters und dem niedersächsischen CDU-Generalsekretär Hartwig Fischer in einem Sitzungsmarathon einen befreienden Schulkompromiß erarbeitet, der nach knapp fünfständiger Diskussion von den rund 600 Parteitagdelegierten verabschiedet wurde. Demnach wurde folgendes zur Weiterentwicklung der Orientierungsstufe beschlossen:

1. Die schulformübergreifende Orientierungsstufe bleibt Regelschule in Niedersachsen.

2. An Orten mit mindestens zwei Orientierungsstufen oder einer Orientierungsstufe mit sechs oder mehr Zügen, mindestens aber an einem Standort pro Landkreis bzw. kreisfreier Stadt, werden beim Vorliegen qualifizierten Elternwillens als Angebot Orientierungsstufen mit schulformbezogenen Klassen eingerichtet. Mehrere Orte können hierzu einen Schulverbund bilden. Es sollte dabei möglichst je eine hauptschul-, realschul- und gymnasialbezogene Klasse gebildet werden. Zur Sicherung der Orientierungsstufenstandorte kann der Träger der Schulentwicklungsplanung für die Angebote Schuleinzugsbereiche festlegen.

Für jeden Schüler muß ein Angebot erreichbar sein. Wo der Schulraum es zuläßt und die Eltern das Angebot wollen, können diese schulformbezogenen Orientierungsstufenklassen 5 und 6 auch an die weiterführenden Schulen angebunden werden. Hierdurch sollten vorhandene Schulstandorte von Haupt- und Realschulen und Gymnasien nicht gefährdet werden.

Die Wahl einer schulformbezogenen Klasse setzt die dazu erforderliche Eignung voraus. Für Schüler, deren Eltern das Angebot annehmen wollen, stellt die Grundschule ein ausführliches pädagogisches Gutachten aus, das eine Empfehlung oder Nichtempfehlung für den Besuch einer der schulformbezogenen Hauptschul-, Realschul- oder Gymnasialklasse enthält.

Der Landesparteitag erwartet, daß die notwendigen Vorbereitungen, insbesondere die gesetzlichen Grundlagen, sobald wie möglich geschaffen werden.

Darüber hinaus zeigte sich der Parteitag mit dem Vorgehen von Ministerpräsident Ernst Albrecht auf Bundesebene zufrieden. Der sogenannte „Albrecht-Plan“ wurde einstimmig unterstützt. Der Regierungschef aus Hannover erhielt Rücken- deckung für seinen Plan zur Neuverteilung der Sozialhilfeflasten. Nachfolgend die einstimmig beschlossene Resolution im Wortlaut:

1. Der Landesparteitag der Niedersachsen-CDU unterstützt die Initiative von Ministerpräsident Dr. Albrecht, die Sozialhilfeaufwendungen der Länder und Gemeinden zu 50 Prozent auf den Bund zu übertragen, mit dem Ziel, Land und Kommunen wirksam von überdurchschnittlichen Sozialhilfeausgaben zu entlasten.

Eine Neuverteilung der Lasten ist dringend erforderlich, um der gegenwärtigen Benachteiligung finanz- und wirtschafts- schwacher Länder entgegenzuwirken und diesen Ländern den notwendigen finanziellen Raum für strukturelle Verbesserungen zu geben.

2. Es ist Aufgabe des Bundes, den Unterschieden in der Entwicklung der Bundesländer entgegenzusteuern und dem verfassungsrechtlichen Gebot gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen der Bundesrepublik Rechnung zu tragen.

Bereits am 3./4. Juni wird die Niedersachsen-CDU zu ihrem ordentlichen Parteitag in Braunschweig zusammentreffen. Im Mittelpunkt wird hier die Vorstellung eines Zukunftspapiers stehen, das die politische Richtung für das Jahr 2000 angeben soll.

Rat der EKD beim Kanzler

Bundeskanzler Helmut Kohl empfing am 27. April 1988 den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zu einem Meinungsaustausch im Bundeskanzleramt. Mit dieser Begegnung, die auf Einladung des Bundeskanzlers stattfand, wurde der ständige Dialog zwischen der Bundesregierung und der Evangelischen Kirche in Deutschland in Anknüpfung an die in den vergangenen Jahren geführten Gespräche fortgesetzt.

Bei dem Gedankenaustausch, der in einer aufgeschlossenen und konstruktiven Atmosphäre stattfand, wurden Fragen der West-Ost-Beziehungen und des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten erörtert. Ein weiterer Schwerpunkt des Gespräches war das von der Bundesregierung geplante Beratungsgesetz, das auf einen besseren Schutz des ungeborenen Lebens und auf Hilfen für schwangere Frauen in Not abzielt. Beide Seiten waren sich einig, daß man in die-

ser wichtigen Angelegenheit auf einen möglichst breiten Konsens hinarbeiten solle. Der Bundeskanzler bot hierfür jedes notwendige Gespräch an. Ferner wurde die Situation in Südafrika angesprochen.

Arbeitszeit ist bei uns am kürzesten

Die tarifliche Jahresarbeitszeit ist nach Angaben der Bundesvereinigung der Arbeitgeber in der Bundesrepublik am kürzesten. Einer Flexibilisierung dieser Arbeitszeit stünden die Gewerkschaften im Ausland meist erheblich positiver gegenüber als die Gewerkschaften hierzulande. Auch sei Sonntagsarbeit in den wichtigsten Konkurrenzländern der Bundesrepublik leichter möglich als bei uns. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, in der die Bestimmungen über Arbeitszeit, Flexibilisierung und Sonntagsarbeit in 19 westlichen Industriestaaten untersucht werden.

VIAG wird privatisiert:

Vermögensbildung kommt voran

Der Bund und die Kreditanstalt für Wiederaufbau werden ihre 60 Prozent des Grundkapitals von 580 Millionen DM der VIAG AG privatisieren. Die VIAG wird damit aus dem Kreis der Industrieunternehmen mit Bundesbeteiligung ausscheiden. Der Vorstand der VIAG AG beabsichtigt — ebenso wie beim ersten Verkauf von VIAG-Aktien im Jahre 1986 — aus Anlaß der Privatisierung im Laufe des Jahres 1988 Belegschaftsaktien anzubieten.

Vor der Presse in Bonn erklärte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg u. a.: „Mit der Vollprivatisierung der verbliebenen Bundesbeteiligung an der VIAG AG haben wir im Bereich der Industriebeteiligungen des Bundesfinanzministeriums die für diese Wahlperiode gesetzten Ziele erreicht. Geplant sind aber weitere Privatisierungsschritte bei der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank und der Deutschen Pfandbriefanstalt, die zur Zeit vorbereitet werden.

Die Bundesregierung hatte sich folgende Aufgaben gestellt:

- Nicht mehr begründete Beteiligungen zu veräußern
- Den Bereich der mittelbaren Beteiligungen zu straffen
- Verluste bei Unternehmen mit Bundesbeteiligungen nachhaltig abzubauen.

Diese Ziele wurden inzwischen in wesentlichen Punkten verwirklicht.

In der Privatisierung von Bundesbeteiligungen konnten nach der ersten Bestandsaufnahme und Überprüfung in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte erreicht werden.

Nachdem im März 1988 die Deutsche Verkehrskreditbank AG für private Anle-

ger geöffnet wurde, werden jetzt die gesetzgeberischen Vorbereitungen für die von der Bundesregierung beschlossene Teilprivatisierung der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank im Umfang von 48 Prozent des Nennkapitals und die Veräußerung der Beteiligung an der Deutschen Pfandbriefanstalt — 67,88 Prozent des Grundkapitals — vorbereitet.

Zu den wichtigen Privatisierungsaufgaben gehörte es auch, den Beteiligungsbereich der Bundesunternehmen, der in den 60er Jahren zum Teil stark ausgeweitet wurde, sorgfältig zu überprüfen. Bei den mehrheitlichen Bundesbeteiligungen sind seit 1983 in 67 Fällen Beteiligungen veräußert, verringert oder aufgegeben worden. Ein Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit ist die Trennung der Saarbergwerke von mehreren Werkzeugherstellern.

Insgesamt hat sich die Zahl der unmittelbaren und mittelbaren Bundesbeteiligungen — ohne die Beteiligungen der Sondervermögen — seit 1982 von 808 auf 309 zum Stichtag 31. März 1988 verringert.

Ziel im Rahmen der Privatisierungspolitik der Bundesregierung ist es, den Aktienbesitz für breite Anlegerschichten attraktiver zu machen und den Mitarbeitern die Möglichkeit einer Beteiligung an ihrem Unternehmen zu eröffnen. Die im Zusammenhang mit der Privatisierung angebotenen Belegschaftsaktien wurden jeweils sehr positiv aufgenommen. So haben bei der Privatisierung der VEBA und der Veräußerung von Anteilen an der Industrieverwaltungsgesellschaft bis zu 50 Prozent der Mitarbeiter Aktien ihres Unternehmens erworben. Auch die VIAG AG wird aus Anlaß der Vollprivatisierung erneut Belegschaftsaktien anbieten.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

CDU INFORMATIONEN CDU

*Dies ist der neueste Aufkleber beim
IS-Versandzentrum, bekannt aus den
CDU-Schaukästen.*

*Ob für ein Schwarzes Brett, zur Renovierung alter
Schaukästen oder für eine Info-Ecke in einem
Schaufenster, der Verwendung sind keine Grenzen
gesetzt. Der beidseitig verwendbare Aufkleber
ist 88 x 10 cm groß.*

Bestell-Nr.: **0061**, Preis je Mindestabnahme von
5 Stück 25,— DM zuzüglich MwSt.

Bestellungen über das
IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

UID

14/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn,
Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:**
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75,
5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon
(02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr.
2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:**
jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:**
WA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.